

Rems-Murr fährt „rigiden Kurs dagegen“

Matthias Klopfer (Schorndorf) und Albrecht Ulrich (Winterbach) beklagen sich über das Landratsamt

Schorndorf/Winterbach (no).

Der ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte muss so handeln, wie er es im Fall Windkraftstandort Buocher Höhe getan hat – aus seiner Sicht und aufgrund seiner Grundlagen. Der Schorndorfer OB Matthias Klopfer versteht aber nicht, wie es zu der amtlichen Stellungnahme des Landratsamts an den Verband Region Stuttgart kommen konnte – mit all den schweren Bedenken gegen Windkraft (*wir berichteten*). Er beobachtet im Waiblinger Landratsamt namentlich in der Rolle des Landratstellvertreters Bernd Friedrich „einen ganz rigiden Kurs“. Den „mit Abstand härtesten in der ganzen Region“, legt Klopfer nach. Und vergleicht die Situation mit dem Kreis Göppingen, der mit seinen drei Kaiserbergen einen „mindestens so Kultur-sensiblen Raum“ bilde und doch nicht auf der Bremse stehe.

Klopfer verlangt eine „positive Begleitung“ des Themas durch die Waiblinger Hausspitze. Landrat Fuchs, Friedrich, sie

sollen endlich „ganz aktiv rausgehen beim Thema Energiewende“. Und erst einmal ein Ziel formulieren. Natürlich sind Arten- und Naturschutz für Klopfer abwägenswerte Güter. Klopfer sucht den überparteilichen Schulterchluss. Der hiesige IHK-Präsident und CDU-Landtagsabgeordnete Claus Paal habe unlängst gesagt, es handle sich bei der Windkraft um eine risikoarme Technik. Man könne sie im Fall des fundamentalen Irrtums auch in zehn Jahren wieder abbauen. Solch positive Begleitung wünscht sich Schorndorf, das in der juristischen Person seiner Stadtwerke derzeit an drei Standorten die Möglichkeit auslotet. Bislang weitgehend unbedrängt von Initiativen dagegen, abgesehen vom Aufstellort zwischen Schlichten und Oberberken, der freilich auch im Landschaftsschutzgebiet liegt – anders als der Holzberg im Norden und Unterberken im Süden, wo ein altes Bundeswehr-Depot die Grundfläche hergäbe.

Die Schorndorfer Stadtwerke werden



Matthias Klopfer.



Albrecht Ulrich.

auch messen lassen und sind am Überlegen, ein Messgerät zu kaufen. Klopfer und der Winterbacher Kollege Albrecht Ulrich setzen früh auf Bürgerbeteiligung samt eines Verfahrens zur virtuellen Darstellung der Windmühlen in der Landschaft. Das habe sich sehr bewährt. Und er ist sich sicher, dass er via Bürgerbeteiligung auch viele

Remstaler finden wird, die sich einkaufen.

Ertragsberechnungen sind für Klopfer mit Stand Anfang 2013 relativ. Die Branche verbessere ständig ihre Anlagen. Vor 2015 werde eh kein Rad stehen. Bis dahin können sich die Generatoren nochmals steigern, die Flügel, die ganze Technik.

Der Winterbacher Bauamtsleiter Rainer Blessing spricht in diesem Zusammenhang von einen „Quantensprung“. Alte Anlagen arbeiteten schließlich noch mit Getrieben, die Kraft absorbieren und bei schwachem Wind die Rotoren gar nicht drehen lassen. Neue Anlagen ernten Strom getriebeles.

Albrecht Ulrich verlangt eine „sachgerechte Abwägung“ zwischen Klimaschutz und Naturschutz. Ein Landschaftsschutzgebiet sei nun mal eine „gewachsene Kulturlandschaft“ mit Straßen, Stromtrassen und anderen technischen Einbauten. In zehn oder 20 Jahren gehörten dann halt Windräder dazu. Die untere Naturschutzbehörde soll doch bitte auch diesen Gedan-

gen zu Formulierungen hat. Es ist **nicht wahr**, dass die WHO 2000 Meter Abstand empfiehlt.“ Zwar gebe es ein Papier des **kanadischen Umweltministeriums** mit der 2000-Meter-Angabe – aber „bitte beachten Sie“, dass es sich „nicht um eine WHO-Veröffentlichung“ handle und die WHO diese Einschätzung **„nie befürwortet“** habe („never endorsed“; to endorse: befürworten, beipflichten, billigen, gutheißen).

■ In der Tat ist das dünn besiedelte Kanada mit den deutschen Verhältnissen nicht vergleichbar – die Bevölkerungsdichte beträgt laut wikipedia **3,4** Einwohner pro Quadratkilometer (Deutschland: **230**).

ken abwägen. Er sei nicht dafür, Schutzgebiete großflächig zu entwidmen. „Wir wollen nur einen nennenswerten Beitrag des Landkreises“ zur Energiewende. Noch weise dieser Kreis „viel zu wenig regenerative Energie“ aus. Es sei auch eine falsche Gewichtung, auf hohe Renditen zu schauen. Dann werde die treibende Kraft von Bürgerinitiativen missachtet, die sich engagieren, die investieren wollen.